

Kirche in der Welt von heute

Wer nur die Bewegung des Minutenzeigers auf dem Uhrenzifferblatt verfolgte, der nähme zwar vergehende Zeit wahr, doch ohne Kontakt und Kontext mit einer übergeordneten Stunde und darum abstrakt und beziehungslos. Ähnlich wäre es, wollte man bei einer halbjährlichen Berichterstattung über kirchlich relevante Ereignisse und Vorgänge den Blick auf die Weltenuhr vergessen und vor lauter minutiöser Berichterstattung überhören, was die Stunde geschlagen hat.

Ohne Zweifel ist die Kirche, vor allem seit dem Zweiten Vatikanischen Konzil, ungeachtet ihrer bleibenden Identität als „vollkommene Gesellschaft“, mehr denn je und ganz bewußt in eine neue, verantwortliche Beziehung zur Welt eingetreten – zur Welt in einem doppelten Sinn, der einmal die weltlichen Angelegenheiten meint und zum anderen das räumliche Weltganze im Gegensatz zu einer abgekapselten Selbstbezogenheit und zu einer provinziellen, etwa europazentrierten Begrenztheit.

Am deutlichsten zeichnet sich dieses „weltliche“ Engagement der Kirche(n) – und nicht nur im letzten Halbjahr – unter zwei Gesichtspunkten ab: *Friede* und *Menschenrechte*. Angesichts der nuklearen, aber auch konventionellen Bedrohung des *Weltfriedens* durch den von Menschen herbeigeführten Weltuntergang, und im Hinblick auf hysterisch angeheizte Endzeitängste – Nostradamus! – kann die Kirche nicht gleichmütig abseits stehen. Nicht nur der Papst und die Bischöfe erhoben denn auch immer wieder ihre Stimme zur Warnung und Mahnung – auch die „Basis“ war spürbar an der Grundwelle beteiligt, die, vor allem in dem am meisten bedrohten Europa, zu Massendemonstrationen aufschäumte, am deutlichsten bei der Massendemonstration der Hunderttausende im Oktober des Vorjahres in Bonn. Schon beim Hamburger Evangelischen Kirchentag war das gleiche Motiv sehr stark spürbar. Eine Denkschrift der EKD und ein entsprechendes Papier des Zentralkomitees der deutschen Katholiken versuchten, mit je verschiedener Akzentuierung, die teils aus irrationalen Quellen gespeiste, teils manipulierte Bewegung zu deuten und geistig-geistlich zu erhellen, ohne daß es gelungen wäre, so radikale Positionen wie „Frieden schaffen – ohne Waffen“ ganz abzubauen, die auch in die deutsche Sektion von „Pax Christi“ Eingang gefunden und zur Veränderung an der geistlichen Führungsspitze mitbeigetragen haben (Weihbischof Kampe statt Bischof Moser). Indessen ist die Friedensbewegung auch – und mit weit größerem Risiko! – in der DDR eindrucksvoll aufgetreten, sowohl mit der von der evangelischen Kirche unterstützten Forderung nach Einführung eines Zivildienstes wie mit offen pazifistischer Willensbekundung, was beides die Regierung auf unbequeme Weise herausfordert.

In den Vereinigten Staaten verurteilten viele Bischöfe ihrerseits das Rüstungsprogramm der Regierung, vor allem die atomaren Waffen und die Neutronenbombe, und sprachen sich gegen eine etwaige militärische Intervention in dem noch immer von blutigem Bürgerkrieg erschütterten El Salvador aus.

Wenn der biblische Wahlspruch Pius' XII. „opus iustitiae pax“ weiterhin gilt, so steht der Friede in engstem Zusammenhang mit der Gerechtigkeit. Gerechtigkeit aber läßt sich radikal auf die Grundfrage und -forderung nach den *Menschenrechten* zurückführen. Auch und vor allem hier zeigte sich in letzter Zeit besonders

deutlich das Engagement der Kirche und der Christen. Man kann sagen, hier liege das Leitmotiv des päpstlichen Lehramtes im gegenwärtigen Pontifikat. Sozialer Friede – soziale Gerechtigkeit sind die Kennworte des päpstlichen Lehrschreibens „*Laborem exercens*“, das am 15. Mai 1981, dem neunzigsten Jahrestag des Erscheinens der Sozialzyklika Leos XIII. „*Rerum novarum*“, hätte erscheinen sollen, was durch das Attentat auf den Papst am 13. Mai verhindert wurde, so daß es erst am 14. September veröffentlicht werden konnte. Es ist bezeichnend, daß dieses Dokument nicht mehr nur die „soziale Frage“, und diese gar im europäischen Raum, wie noch Leo XIII. und selbst Pius XI. es taten, behandelt, sondern eine ganze christliche Anthropologie entfaltet und im Weltmaßstab ins Große projiziert, ohne dabei konkrete Probleme außer acht zu lassen. Ähnliches wäre von dem anderen großen Dokument vom 15. Dezember 1981 „*Familiaris consortio*“ zu sagen, in dem der Papst auf 180 Seiten die Anregungen und Vorschläge („*propositiones*“ – zu mehr fühlte sich die Versammlung nicht befugt!) der römischen Bischofssynode über die christliche Familie aufgreift und systematisch entfaltet, wobei er deutlich „konservative“ Akzente, etwa bei der Frage der künstlichen Empfängnisverhütung oder der Zulassung geschiedener Wieder-verheirateter zu den Sakramenten, setzt und Probleme, wie sie beispielsweise die Polygamie in gewissen Kulturkreisen darstellt, nicht behandelt.

Um Menschenrechte geht es grundsätzlich auch und vor allem in *Polen*. Hatte man dort noch am 13. August 1981 zuversichtlich den ersten Jahrestag des Streikbeginns von Gdansk gefeiert, so sollten im Dezember, wiederum an einem Dreizehnten, mit der Verkündigung des „Kriegsrechts“ alle Hoffnungen zerstört werden. Mehr denn je war nun auch die Kirche gefordert, die schon vorher vermittelnd zwischen Regierung, Partei und „Solidarität“ gewirkt hatte. Der neue Primas, Erzbischof Glemp, und die polnische Bischofskonferenz, in ständiger Fühlung mit dem Papst, versuchten seitdem, das Klima zu entspannen, ohne von den Grundforderungen nach Gewährung der Menschenrechte abzugehen, zu denen sowohl das Recht zu freiem gewerkschaftlichem Zusammenschluß wie die Befreiung der Zwangsinternierten und vor allem die Gewissensfreiheit gehören, wie sowohl der Papst wie die polnischen Kirchenführer immer wieder betonten. Die Aufgabe ist unendlich heikel, weil die Kirche nicht auf direkten Kollisionskurs mit dem Militärregime gehen kann noch will, da das eine Kompetenzüberschreitung wäre, andererseits aber das Vertrauen des Volkes aufs Spiel setzen würde, wenn sie sich zu konziliant zeigen würde. In jedem Fall erweist sich die Kirche in Polen, nicht zuletzt dank der Unterstützung spendefreudiger Christen und Nichtchristen, als eine „Vorsitzende der Liebe“, weil durch ihre unverdächtige Hand der Großteil der Liebesgaben aus aller Welt an die notleidende Bevölkerung verteilt wird.

Die Verteidigung der Menschenrechte auch in anderen Weltteilen führt aber auch zu Polarisierungen innerhalb der Kirche. So herrscht im Episkopat *Zentralamerikas* offenkundig Uneinigkeit in der Beurteilung der sandinistischen Revolution in Nicaragua, der Zustände in El Salvador und in Guatemala. Auch eine von verschiedenen römischen Dikasterien einberufene Konferenz von Bischöfen und Ordensoberen (8. bis 11. Juni) konnte, wie es scheint, keine Einigung über die Frage des sozialen Engagements von Priestern erzielen, die entweder als Minister in leitenden Funktionen revolutionärer Regierungen stehen oder für konservative Militärregime als „subversiv“ gelten, wenn sie sich für die Sache der Armen

und Unterdrückten einsetzen. Die Situation ist und bleibt ähnlich in Ländern wie Kolumbien, Peru, Chile und Argentinien. In *Brasilien* haben die Bischöfe (29. August) die völlige Enthaltsamkeit von politischer Stellungnahme der Christen ausdrücklich verurteilt, weil eine solche Haltung die Ungerechtigkeit der Herrschenden ermutige. Ebenso haben sie die besondere Parteinahme der Kirche für die Armen noch einmal gerechtfertigt und angemahnt. Papst Johannes Paul II. seinerseits hat diese Haltung indirekt in seinem Glückwunschschreiben an Erzbischof Helder Câmara (15. August) bestätigt. Andererseits macht sich eine gewisse Bremswirkung der neuen Leitung des CELAM (seit Puebla) bemerkbar. So wurde eine (von ADVENIAT) finanzierte Bildfolge „Ein gewisser Jesus“ auf 144 Kassetten zurückgezogen, weil das darin enthaltene Jesusbild all zu sehr vom extremen Flügel der Befreiungstheologie inspiriert zu sein schien.

Der *Nahe Osten* ist weiterhin ein Unruheherd. Erstaunlicherweise blieb eine befürchtete größere Erschütterung nach dem Mord an dem ägyptischen Staatspräsidenten Sadat (6. Oktober 1981) aus. Es steht zu hoffen, daß seinem Nachfolger Mubarak nicht nur die Festigung des Friedens mit Israel, sondern auch eine innere Befriedung im Lande selbst gelingen möge, wo noch immer die scharfen Maßnahmen gegen die koptische Kirche und ihren Papst Schenuda in Kraft sind, der im September 1981 von Sadat buchstäblich „in die Wüste geschickt“ worden war. Ein Gespräch des Papstes mit dem Außenminister von Israel hat, wie es scheint, über die Wiederholung der bekannten Standpunkte zum Problem Jerusalem nicht hinausgeführt. Der Libanon steht weiterhin in Flammen, das Regime in Syrien scheint destabilisiert, was den Frieden in der Region nicht sicherer macht, die Sowjetunion steht allzeit bereit, um im trüben zu fischen.

In *Spanien* hält sich die Kirche am Rande der politischen Spannungen, fühlt sich aber von der (allzu) schnellen Bildung autonomer Regionen betroffen. So kam es zu einem erregten Disput zwischen dem Erzbischof Tarancón von Madrid und dem Erzbischof von Barcelona gerade über diese Frage, wobei der Katalane den Regionalismus und die Ernennung von aus der jeweiligen Region stammenden Bischöfen befürwortete, während der Madrider Oberhirte eher zur Zurückhaltung mahnte.

In *Italien* fand vom 28. bis 31. Oktober der zweite Nationalkongreß der katholischen Kirche (der erste war 1976) statt, dem es vor allem um die Einheit trotz Pluralismus und um die Klärung des Verhältnisses zur *Democrazia Cristiana* ging bzw. um die einzuhaltende Distanz zu den politischen Parteien.

In den Staaten des *Ostblocks* nahmen die Spannungen in letzter Zeit zu. So wurden aus der CSSR harte Urteile gegen Priester, Ordensleute und Laien wegen angeblich staatsfeindlicher Betätigung bekannt und Ähnliches aus dem relativ toleranten Jugoslawien berichtet. In Rumänien rief die Weihe eines im Exil lebenden unierten Bischofs durch den Papst Mißstimmung hervor, weil nach Auffassung der dortigen Regierung und der (Staats-)Kirche die Unierte Kirche nicht mehr existierte, während Katholiken des römischen Ritus geduldet werden.

Eigenartig scheint die Lage der Kirche in *Ungarn* zu sein. Dort hat es der Kardinal-Primas mit dem Phänomen von in zwei Gruppierungen geteilten Basisgemeinden zu tun, die der Hierarchie Staatshörigkeit, nicht zuletzt in Fragen des Wehrdienstes, vorwerfen und offensichtlich eine andere Auffassung von Kirchesein vertreten und verwirklichen. Das hat zur Folge, daß der Staat die Hierarchie an ihre in einem vereinbarten „modus vivendi“ verbürgte Aufsichtspflicht

mahnt und sie gewissermaßen zum Büttel gegen eine beunruhigendere Form der „Kirche von unten“ machen will.

In der *Bundesrepublik Deutschland* ging im abgelaufenen Halbjahr alles seinen gemessenen Gang. Erwartungsgemäß wurde der Erzbischof von Köln und Vorsitzende der Deutschen Bischofskonferenz, Kardinal Höffner, nach Erreichung des 75. Lebensjahres in seinem Amt bestätigt, andere Sedisvakanz einseitig offengelassen, eine neue Sedisvakanz jedoch mit Wirkung vom 15. Februar 1982 eröffnet, indem an diesem Tage der Papst den Verzicht von Josef Kardinal Ratzinger auf sein Erzbistum München-Freising annahm, nachdem er ihn bereits Monate zuvor als Nachfolger von Kardinal Seper in das Amt des Präfekten der römischen Glaubenskongregation berufen hatte.

Ein merkwürdiges Ereignis hat sich in der Kirche der *Niederlande* begeben: Am 16. Jänner gab Rom, offenbar ohne vorherige Konsultation, die Ernennung von vier Weihbischöfen bekannt, so daß die Zahl der Mitglieder der holländischen Bischofskonferenz von bisher sieben auf elf ansteigt. Drei der Neuernannten gehören ohne Zweifel der konservativen Richtung an, die damit einen beträchtlichen Stimmenzuwachs erhält. Das Ganze ist nur zu verstehen als Fortsetzung der holländischen Spezialsynode mit anderen Mitteln: Da die erhofften Ergebnisse dieser Synode bislang ausgeblieben zu sein scheinen und der Gedanke an eine Vermehrung der holländischen Bistümer sich als schwer durchführbar erwies, legte sich die nun gefundene Lösung nahe, die, wo nicht elegant, so doch intelligent genannt zu werden fraglos verdient.

Das dynamische Zentrum der katholischen Kirche, der *Papst*, war noch lange Monate als Rekonvaleszent an der vollen Entfaltung seiner Kräfte verhindert, ohne daß ihm freilich die Führung der gesamtkirchlichen Aufgaben entglitten wäre. Die schon erwähnten päpstlichen Dokumente beweisen das ebenso wie seine sonntäglichen Ansprachen zum „Angelus“ und die bald wieder aufgenommenen Generalaudienzen. Pastoralbesuche in römischen Pfarreien und in anderen Städten Italiens zeigten die wiedergewonnene Energie. Dazu kam die wachsende Inanspruchnahme durch die polnischen Ereignisse. Im November erfolgte dann seine seit langem erwartete Intervention bei der Leitung der *Gesellschaft Jesu*: Der Papst ernannte als seinen persönlichen Delegierten den achtzigjährigen P. Paolo Dezza SJ und gab ihm als Assistenten P. Giuseppe Pittau SJ, die beide während der krankheitsbedingten Amtsunfähigkeit des P. General Pedro Arrupe den Orden zu leiten und von langer Hand die fälligwerdende Generalkongregation (= Generalkapitel) vorzubereiten haben, ein einmaliger Vorgang und schwerer Eingriff in die Autonomie des Ordens, zu dem der Papst nicht nur durch die Krankheit des Generals, sondern durch bestimmte Verfalls- und Gärungserscheinungen innerhalb der Gesellschaft Jesu veranlaßt worden ist.

Wohl nicht ganz ohne Beziehung zu dem Plan einer *Englandreise* wurden die seit 1534 abgebrochenen diplomatischen Beziehungen zwischen dem Vatikan und dem Vereinigten Königreich formell wiederaufgenommen, die in der Praxis auf niedriger Ebene bereits seit langem bestanden hatten, nun aber durch Ernennung eines Pro-Nuntius in London und eines Botschafters beim Hl. Stuhl ihre Vollform erreicht haben.

Wie um seine wiederhergestellte Gesundheit und wiedergefundene Ausstrahlung sowohl zu erproben wie zu beweisen, mutete sich Johannes Paul II. eine zweite *Afrikareise* vom 12. bis 19. Februar zu, die ihn zuerst nach Nigeria, das

volkreichste Land des Schwarzen Kontinents, und dann nach Benin, Gabun und Äquatorial-Guinea führte. Der Papst ermutigte in zahlreichen Reden, Ansprachen und Predigten die katholische, mehr oder minder starke Minorität in jenen Ländern, richtete aber sein mahnendes und die Gewissen aufrüttelndes Wort auch an die Politiker und Führungskräfte wie an die nichtchristlichen Menschen guten Willens. Die etwas triumphalistische Berichterstattung über diese Reise verbarg ein wenig die Tatsache, daß der Papst gelegentlich unter Ermüdungserscheinungen litt, und erwähnte auch nur am Rande, daß eine geplante Begegnung mit Muslimführern in Nigeria nicht zustande kam, weil sich angeblich die Muslim über die Zusammensetzung ihrer Delegation nicht hatten einigen können – versäumte Gelegenheit, eine schon von Paul VI. entworfene Einheitsfront der monotheistischen Religionen anschaulich werden zu lassen.

Der Minutenzeiger auf der Weltuhr ist indessen abermals um einige Striche weitergerückt. Im Blick auf diese läßt sich Kirchengeschichte sinnvoll ablesen und „Kirche in der Welt von heute“ im Weiterschreiten mit einiger Sicherheit, vor allem aber mit unwandelbarer Hoffnung, orten und in Gottes Vorsehung geborgen wissen.